

12**82**

Union in Deutschland

Bonn, den 8. April 1982

Liebe Freunde,

der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 8. März 1982 einstimmig beschlossen, am Samstag, dem 5. Juni 1982, in Bonn eine Großdemonstration zu veranstalten.

Wir wollen am 5. Juni gemeinsam mit unseren Freunden, mit unseren Familien, mit Frauen und Kindern in Bonn zusammenkommen und für den Frieden in Freiheit demonstrieren: Für das Bündnis, die Gemeinschaft und die Werte der westlichen Welt.

Wir erleben seit Jahren, wie die Maßstäbe und Grundlagen unserer Innen- und Außenpolitik kontinuierlich verschoben und ausgehöhlt werden. So ist es dahin gekommen, daß viele die Aufrüstung und die expansive Politik der Sowjetunion verharmlosen. Immer häufiger werden unsere Freunde, vor allem die Vereinigten Staaten, denen wir seit über dreißig Jahren den Frieden in Freiheit verdanken, auf die Anklagebank gesetzt. Die Erkenntnis ging weithin verloren, und der Wille ist vielfach geschwächt, daß wir für die Freiheit, die wir lieben, und für den Frieden, den wir wollen, auch Opfer und Engagement aufbringen müssen.

Die Demonstration am 5. Juni wird ein Signal dafür sein, daß die überwältigende Mehrheit der Deutschen sich für unsere Bundesrepublik Deutschland, für unseren freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat sowie für den Frieden in Freiheit, bei uns und in der Welt, einsetzt.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Ab 20. April

unter der Rufnummer

(02 28) 54 45 28

erhalten Sie alle Auskünfte über die organisatorischen Vorbereitungen der

Großdemonstration am 5. Juni in Bonn

■ FINANZEN

Sanierung bei den Ausgaben
Voraussetzung für Steuer-
entlastungen

Seite 5

■ DDR

Militarisierung mit dem
Grundlagenvertrag nicht
vereinbar

Seite 6

■ ASYLANTEN

Der Gesetzentwurf des Bundes-
rates darf nicht länger
verschleppt werden

Seite 7

■ EL SALVADOR

Die demokratischen Kräfte um
Duarte brauchen unsere volle
Unterstützung

Seite 11

■ DOKUMENTATION

Initiativen zur kommunalen

Selbstverwaltung grüner Teil

■ INFORMATION

Nagelprobe für die „Friedensbewegung“

In der „Friedensbewegung“ ist es im Vorfeld der für den 10. Juni geplanten Anti-NATO- und Anti-Reagan-Demonstration zum offenen Streit gekommen. Anlaß ist der dominierende Einfluß „der DKP und ihrer Subsysteme“, der von den Grünen lautstark und von den Jusos ziemlich leise kritisiert wird.

Hierzu erklärte Philipp Jenninger, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Mit dem am Wochenende beschlossenen Aufruf zur Demonstration am 10. Juni, der in seiner moskaufreundlichen Einäugigkeit kaum noch zu überbieten ist, hat sich die „Friedensbewegung“ selbst diskreditiert. Es bleibt abzuwarten, ob die Grünen und die SPD-Jusos den Willen und die Kraft haben, hier nachträglich andere Akzente zu setzen.

Eine erste Nagelprobe steht der „Friedensbewegung“ bereits bei den sogenannten „Ostermärschen“ bevor. Erst vor zwei Wochen hat nämlich die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU festgestellt, daß die DKP und ihre Hilfsorganisationen als „initiiierende, organisierende und steuernde Kraft der Ostermärsche 1982“ zu betrach-

(Fortsetzung von Seite 1)

Um den 5. Juni zu einer machtvollen Demonstration unserer Partei werden zu lassen, bitte ich Sie um Ihre persönliche Unterstützung. Ich erwarte Sie am 5. Juni in Bonn und bitte Sie, in Ihrem Bereich persönlich für die Teilnahme zu werben und sich voll und ganz hinter diese Aktion zu stellen.

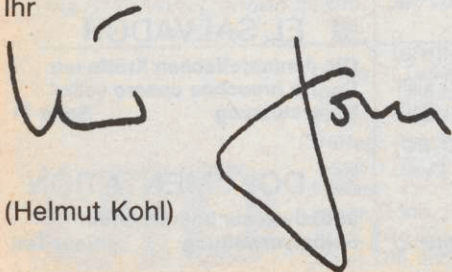
Für den Transport nach Bonn werden über die CDU-Bundesgeschäftsstelle Sonderzüge der Deutschen Bundesbahn organisiert. Die CDU-Kreisgeschäftsstellen erhalten hierzu — wie zu allen organisatorischen Fragen des Transports — detaillierte Informationen.

Wir werden es nicht einer Minderheit überlassen, mit ihren Aktivitäten das Bild Deutschlands nach innen und außen zu bestimmen. Wir Christlichen Demokraten müssen als die stärkste politische Kraft unseres Landes der Welt das wirkliche Bild von Deutschland vermitteln.

Für Ihre Mithilfe darf ich Ihnen schon jetzt sehr herzlich danken.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



(Helmut Kohl)

ten seien; die Forderungen in den Aufrufen der Ostermarschierer entsprächen „den derzeitigen Zielen oder Vorschlägen der sowjetischen Außenpolitik“.

Angesichts dieser Auskünfte des Parlamentarischen Staatssekretärs von Schoeler muß davon ausgegangen werden, daß die „Ostermärsche“ zu einem neuen Festival des Anti-Amerikanismus und der beflissenen Schonung und Rechtfertigung der Sowjetunion geraten werden.

Dies alles kann das SPD-Vorstandsmitglied Oskar Lafontaine offenbar nicht davon abhalten, am Ostersonntag in Duisburg auf einer Kundgebung des Ostermarsch-Komitees Ruhr zu sprechen, obwohl der Geschäftsführer der nordrhein-westfälischen SPD festgestellt hat, daß gerade die Ostermarsch-Bewegung im Ruhrgebiet besonders stark „auf die außenpolitischen Interessen Moskaus orientiert“ ist.

Wenn die „Friedensbewegung“ ernstgenommen werden will, muß sie schnellstens Klarheit über ihre Bündnispolitik schaffen und sich unzweideutig von denjenigen distanzieren, die in unserem Land einzig und allein die Geschäfte der Sowjetunion besorgen. Wenn die SPD — eine Woche vor ihrem Parteitag — noch ernstgenommen werden will, gilt für sie die gleiche Forderung. Denn mit Helmut Schmidt und Ronald Reagan für den NATO-Doppelbeschluß, aber mit Oskar Lafontaine und der DKP dagegen — das wird allmählich zu einem unerträglichen Schauspiel.

Der Arbeitsmarkt bleibt angespannt

Der saisonbedingte leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die strukturelle und konjunkturelle Arbeitslosigkeit weiter über den Grenzen des sozial und wirtschaftlich Vertretbaren

liegt, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, MdB Heinz Franke.

Die saisonbedingten Arbeitslosenzahlen sind extrem hoch. Selbst bei einer Verbesserung der Wirtschaftskonjunktur ab Mitte dieses Jahres ist mit einer spürbaren Verbesserung der Nachfrage nach Arbeitskräften kaum zu rechnen. Das Nachrücken starker Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt und ein starker Zuwachs der Zahl der Ausländer, die Arbeitserlaubnis erhalten, nachdem ihre Wartezeiten als Asylbewerber oder Familienangehörige abgelauften sind, werden ein strukturelles Anwachsen der Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in 1982 dürfte damit den Stand von 1,7 Mio. und die Arbeitslosenquote von 7 % beträchtlich übersteigen.

Es zeichnet sich schon jetzt deutlich ab, daß die rund jeweils 3,5 Mrd. DM, die der Bund jeweils als Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit und für die Arbeitslosenhilfe (insgesamt 7 Mrd. DM) im Haushalt des Bundesarbeitsministeriums für 1982 eingesetzt hat, in einem Nachtragshaushalt um mindestens 5 bis 6 Mrd. DM aufgestockt werden müssen.

SPD unterdrückt Friedenstendenzen

Die Ostberliner Attacken auf die sich im kirchlichen Bereich der DDR formierende Friedensbewegung nimmt von Tag zu Tag schärfere Formen an. Wurden die Angriffe bislang vor allem von der FDJ und ihrer Zeitung „Junge Welt“ vorgetragen, so haben sich neuerdings auch die „Deutsche Lehrerzeitung“ und „Radio DDR“ in die Kampagne eingeschaltet. Die kirchliche Friedensbewegung — Motto: „Schwerter in Pflugscharen verwandeln“ — verkenne die bedrohliche Lage, in der sich die sozialistischen Länder gegenüber den „westlichen Imperialisten“ befänden. We-

nige Tage, nachdem die DDR per Gesetz die Militarisierung weiter vorangetrieben hat — indem fortan auch Frauen zum Waffendienst herangezogen werden können —, stellt man in Ost-Berlin die grösste Behauptung auf, im Westen fände zur Zeit eine totale „Militarisierung des ganzen Lebens“ statt. Dazu MdB Willi Weiskirch:

Diese doppelzüngige Haltung sollte allen zu denken geben, die hierzulande nichts dabei finden, wenn sich DKP und kommunistische SDAJ mit Transparenten und Sprechchören den Friedensmärschen anschließen. Sie müssen jedenfalls wissen, daß die Kommunisten drüben nicht zimperlich sind, wenn es gilt, ungebetene Friedenskämpfer zum Schweigen zu bringen.

Zustimmung zur Abrüstungsinitiative Reagans

Zu der neuen Abrüstungsinitiative Präsident Reagans erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle Jürgen Todenhöfer: Reagans Absicht, durch Verhandlungen die Atomwaffenarsenale der Sowjetunion und der USA nicht nur einzufrieren oder nach oben zu begrenzen, sondern erheblich nach unten zu verringern, ist ein großer Fortschritt gegenüber früheren Verhandlungsansätzen, insbesondere gegenüber SALT II. Reagan hat damit erneut all jene widerlegt, die den amerikanischen Willen zu weltweiter atomarer Rüstungsverminderung immer wieder bezweifelt haben.

Die zur Zeit laufenden Nachrüstungsprogramme der USA stehen dem nicht entgegen. Die USA wollen zu Recht nicht aus einer Position der Schwäche verhandeln. Die Abrüstungsverhandlungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Sowjetunion einem Verhandlungspartner nichts gibt, der nichts in der Hand hat, womit er sowjetische Zugeständnisse bezahlen kann.

Polenkredite sorgfältiger prüfen

Ein großer Teil der Kredite, die der Westen an Polen gegeben hat, wird nach Auffassung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Stoltenberg nicht zurückgezahlt werden. Es sei an der Zeit, dieses Thema endlich offen anzusprechen.

Das gelte auch für Rumänien. Wegen der zweifelhaften Kreditwürdigkeit einiger osteuropäischer Länder hat Stoltenberg während eines kürzlichen Besuchs in den USA seinen amerikanischen Gesprächspartnern empfohlen, eine Bilanz der westlichen Länder über die bisherige Kredit- und Bürgschaftspolitik gegenüber dem Ostblock erarbeiten zu lassen. Die sich verschärfende Systemkrise im Ostblock mache es nötig, sagte Stoltenberg, die Handelsbeziehungen auf eine ausgeglichene Basis von Leistungen und Gegenleistungen zu stellen. Grundsätzlich seien Kredite auch in Zukunft denkbar, jedoch dürften sie nur „zu kommerziellen Bedingungen“ gegeben werden.

EG kommt nicht vom Fleck

Zu dem kürzlich beendeten Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft erklärte Helmut Kohl u. a.: Das wortreiche Kommuniqué kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Periode der Entscheidungsverweigerung leider immer noch nicht beendet ist. Seit nunmehr zwei Jahren wird die Europäische Gemeinschaft durch den Streit über den britischen Haushaltsbeitrag gelähmt. Er wurde auch bei den jüngsten Beratungen zu Lasten überfälliger Entscheidungen in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik fortgesetzt. In dem Kommuniqué fehlt z. B. ein klares Wort zur Beschleunigung, Straffung und politischen Orientierung der längst überfälligen Entscheidungen des Ministerrates.

■ BUNDESFINANZEN

Sanierung bei den Ausgaben Voraussetzung für Steuerentlastungen

Zu den Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Umfang der für 1984 beabsichtigten Steuerentlastungen und zur Entwicklung der Staats- und Abgabenquote erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hansjörg Häfele:

Die Antwort der Bundesregierung zum Umfang der für 1984 beabsichtigten Steuerentlastungen zeigt, daß die Regierung sich noch im unklaren und uneinig ist, was sie 1984 steuerrechtlich eigentlich will. Sollen die heimlichen Steuererhöhungen bei der Lohn- und Einkommensteuer nun abgebaut werden — ohne Wenn und Aber? Oder sollen sie doch zumindest teilweise — bei gleichbleibender Steuerquote — beispielsweise zum Ausgleich sinkender Gewinnsteuern beibehalten werden?

Niemand glaubt der Regierung, der Weg zu Steuerentlastungen führe zunächst einmal über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Insbesondere die FDP sollte endlich aufhören, diesen Eindruck zu erwecken. Denn niemand traut dieser überschuldeten und kaum noch handlungsfähigen Regierung zu, daß sie bis 1984 in der Lage ist, eine durchgreifende Sanierung bei den Ausgaben herbeizuführen, was Voraussetzung für Steuerentlastungen wäre.

Die CDU/CSU lehnt die von der Bundesregierung geplante Mehrwertsteuererhöhung ohne Wenn und Aber ab, auch zur

Finanzierung des Abbaues heimlicher Steuererhöhungen bei der Lohn- und Einkommensteuer. Denn das wäre kein Abbau heimlicher Steuererhöhungen, sondern im Gegenteil deren Zementierung auf Dauer.

Aus der Antwort über die Entwicklung der Staats- und Abgabenquote ergibt sich, daß die Staatsquote (Ausgaben des Staates einschl. Sozialversicherung im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt) um 5 Prozentpunkte höher ist als 1970. Das heißt: Das Mehr zu einem gegenüber 1970 unveränderten Staatsanteil beträgt 1982 bei den Ausgaben des Staates bereits über 160 Milliarden Mark und die Abgabenlast, die Bürger und Betriebe zusätzlich zu tragen haben, liegt 1982 bereits bei mehr als 80 Milliarden Mark.

Auf das koalitionsinterne Gerangel über die Finanzierung des sog. Beschäftigungsprogramms weist der wirtschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Theo Waigel, hin. Während maßgebliche Teile der SPD nach wie vor eine Ergänzungsabgabe und eine Arbeitsmarkt-abgabe fordern, hat Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff offensichtlich die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer ad acta gelegt.

Da weitere Umschichtungen innerhalb des Bundeshaushalts ohnehin im Hinblick auf den Haushalt 1983 unumgänglich sind, ist es nunmehr Aufgabe der Bundesregierung, dem Schwarzen-Peter-Spiel ein Ende zu bereiten und konkrete Vorschläge für Eingriffe auf der Ausgabe-seite des Bundeshaushalts vorzulegen.

■ DDR

Militarisierung mit dem Grundlagenvertrag nicht zu vereinbaren

Die Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Daseins in der DDR hat in der letzten Zeit einen besorgniserregenden Umfang angenommen. Deshalb haben die Unionsfraktionen eine Große Anfrage im Bundestag eingebracht. Dazu erklärt der deutschlandpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Peter Lorenz:

Der im Jahre 1978 eingeführte Wehrkunde-Unterricht an den Oberschulen der DDR wurde zum 1. September 1981 noch ausgeweitet und verschärft. Zum 1. Dezember 1981 erfolgte die Einführung einer obligatorischen Zivilverteidigungsschulung der gesamten DDR-Bevölkerung. Am 25. März dieses Jahres wurde ein neues DDR-Wehrdienstgesetz verabschiedet, das die Militarisierung der DDR-Gesellschaft nunmehr auch gesetzlich festschreibt.

Im Grunde beschreiben die neuen Regelungen nur das, was schon seit längerem konsequent praktiziert wird: Die intensive Militarisierung aller Lebensbereiche in der DDR. Vom Kindergarten über die Schulen, Universitäten und Betriebe und mit Hilfe aller dafür geeigneten oder sogar geschaffenen Organisationen — den „Jungen Pionieren“, der FDJ, der „Gesellschaft für Sport und Technik“ und den sogenannten „Betriebskampfgruppen“ — hat die SED ein Verbundsystem der vormilitärischen und paramilitärischen Ausbildung geschaffen, das alle wehrtauglichen Bewohner der DDR möglichst lückenlos erfassen soll.

Vorrangige Zielgruppe ist selbstverständ-

lich die Jugend, die einem wahren Propaganda-Trommelfeuer ausgesetzt ist, den Waffendienst als einen zentralen Bestandteil ihres Lebensplans zu betrachten. Wer sich dem zu entziehen versucht, muß „gesellschaftliche“ und berufliche Nachteile hinnehmen. Vor allem die Schulen werden mehr und mehr zu Stätten der vormilitärischen Ausbildung umfunktioniert.

Dieser Kult des Militärischen, die praktische Einübung des Militärhandwerkes bereits im Kindesalter sowie die damit einhergehende ideologische Erziehung zum Haß und die Propagierung eines gezielten Feindbildes löst in der DDR zunehmende Unruhe und Besorgnis bei der Bevölkerung aus. Insbesondere die Kirchen in der DDR befassen sich kritisch mit der fortschreitenden Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens.

Auch uns berührt es, wenn im anderen Teil Deutschlands ein fataler Militarismus gezüchtet wird. Diese Entwicklung dient weder dem Frieden noch dem Ansehen Deutschlands in der Welt, sondern führt dazu, daß immer mehr Menschen in der DDR in Gewissenskonflikte und persönliche Bedrängnis geraten. Aber auch in der Bundesrepublik Deutschland breitet sich Sorge vor dieser friedensbedrohenden Militarisierung der DDR aus. Mit den Zielsetzungen des Grundlagenvertrages ist diese Entwicklung in keiner Weise zu vereinbaren, denn die in der DDR betriebene Erziehung zu Haß und Feindseligkeit — mit der Bundesrepublik Deutschland als konkretem Feindbild — widerspricht eindeutig den angestrebten „normalen gutnachbarlichen Beziehungen“.

Nach Auffassung der CDU/CSU entwickelt sich die geistige und praktische Ausrüstung der DDR zu einer immer größeren Belastung der innerdeutschen Beziehungen. Wir halten es deshalb für dringend notwendig, dieses Thema zum Gegenstand einer politischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland zu machen und fordern, es mit Nachdruck auf die innerdeutsche Tagesordnung zu setzen.

■ ASYLANTEN

Der Gesetzentwurf des Bundesrates darf nicht länger verschleppt werden

Zu den Angriffen der Koalitionsfraktionen von SPD und FDP auf den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth wegen dessen Haltung bei der Abwehr von Scheinasylanten erklärt der Berichtserstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuß, MdB Wolfgang Bötsch:

Mit üblen Ausfällen gegen die Union versuchen SPD und FDP ihre bereits Jahre andauernde Handlungsunfähigkeit auch in dieser Frage zu verbergen. Auf der einen Seite hoffen sie, sich mit unzureichenden Zugeständnissen an den von der Union initiierten und auch von den SPD-geführten Landesregierungen getragenen Entwurf des Bundesrates dem immer stärker anwachsenden Unmut in der Bevölkerung zu entziehen. Auf der anderen Seite werden SPD und FDP durch ideologische Voreingenommenheit gehindert, alle im Rahmen der Verfassung möglichen Mittel so einzusetzen, daß niemand mehr zur bloßen Erlangung wirtschaftlicher Vorteile auf Kosten der deutschen Steuerzahler das Asyl- und das Verwaltungsstreitverfahren mißbrauchen kann.

Seit Jahren ist erkennbar, daß alle Rechtsmittel und Verfahrensmöglichkeiten von diesen Asylbetrügnern zu dem einen Zweck bis zur Neige ausgeschöpft werden, die Dauer ihres Aufenthalts im Bundesgebiet soweit wie möglich zu strecken. Wer als wirklich Verfolgter aus dem sowjetischen Machtbereich im Bundesgebiet politische Zuflucht sucht, wird diese auch bei einem dezentralisierten möglichst an die Grenzen verlegten Verfahren finden.

In allen anderen Fällen haben diejenigen, die wirklich politisch verfolgt waren, in aller Regel in einem Land bereits Zuflucht vor Verfolgung gefunden, sonst wäre es ihnen überhaupt nicht möglich gewesen, bis an die deutsche Grenze oder auf einen deutschen Flughafen zu gelangen. Die Gefahr von Fehlentscheidungen der Behörden wird hier durch die mögliche Inanspruchnahme einer gerichtlichen Instanz in ausreichendem Maß gebannt. Diesem Gericht muß es ermöglicht werden, die Fälle, die nur wegen der Verlängerung des vorläufigen Aufenthalts im Bundesgebiet betrieben werden, durch eine unanfechtbare Entscheidung zum Abschluß zu bringen.

Die Union wird deshalb an dem vom Bundesrat eingebrachten Entwurf, der gegenüber ihren ursprünglichen Vorstellungen bereits einen Kompromiß darstellt, festhalten und auf unverzügliche Verabschiedung drängen. Angesichts der Tatsache, daß SPD und FDP die Beratungen über den Entwurf des Bundesrates über ein Jahr bereits verzögert haben, sind die Angriffe der Koalition auf das Land Baden-Württemberg völlig deplaziert. Ministerpräsident Späth hat mit den beschränkten Kompetenzen eines einzelnen Landes das Problem der Scheinasylanten für sein Gebiet weitgehend in den Griff bekommen, obwohl die umfassendere Aufgabe, die zu groß gewordene Zahl von Ausländern auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, immer noch ihrer Lösung harret und von den Bundesländern allein auch nicht bewältigt werden kann.

■ KINDERFIBEL

Entwicklungshilfe nach dem Strickmuster „Reich unterdrückt arm“

„Den Kindern hier von den Kindern draußen berichten“ ist ein sinnvoller Vorsatz, den das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) vor drei Monaten in Form einer Kinderfibel dokumentierte. Die Frage, wie die Problematik der Entwicklungshilfe in ein einfaches, für Kinder verständliches Schema gebracht werden kann, wurde von den Verfassern jedoch nicht befriedigend gelöst.

Nach dem Strickmuster „Reich unterdrückt arm“ läßt sich die Welt sehr einfach erklären, stellt MdB Leni Fischer dazu fest. So erfahren die kindlichen Leser gleich zur Einleitung, daß Reichtum äußerst ungerecht sei und Ungerechtigkeit überwunden werden müsse. „In einigen Ländern sind Menschen nur krank, weil sie zu viel essen. Und wieder andere bei uns haben bloß Sorgen, weil sie so reich sind. Ist das nicht ungerecht? Wenn sich das nicht ändert, kann unsere Welt nicht schön werden — schön für alle.“

Reichtum bedeutet hier nur Ausbeutung und Einsatz von Macht zur Unterdrückung der Armen.

Nachdem zu Anfang der Fibel unsere Wohlstandsgesellschaft mit genügend negativen Anmerkungen belegt wird, läßt sich in einem zweiten Schritt sehr schnell der Schuldige für die Armut in der Dritten Welt finden. Wer sollte es anders sein als die reichen Industrieländer? Die Menschen, bei denen Kakao wächst, verkaufen ihn an andere Länder. Aber was er kosten soll, dürfen sie nicht bestimmen. Das

legen die anderen fest — ausgerechnet die, die Schokolade nur aufessen.

Die Bösen sind die „fremden Händler“, die von 30 Pfennig Erlös pro Banane 27 Pfennig für sich einstreichen. Verschwiegen werden die Kosten, die für Transport und Lagerung auch dann anfallen, wenn die Bananenpflücker oder Schokoladenhersteller den Handel selbst übernehmen.

Ergebnis wäre — nach Fibel — eine gerechte Entlohnung; was unter dem Begriff Gerechtigkeit verstanden werden soll, wird am Ende der Schrift besonders deutlich: „Gleich viel für jeden — so muß es werden.“

Die Autoren der Schrift haben es geschickt verstanden, die Gedanken der subjektiven Wertlehre von Karl Marx in Kinderdeutsch umzusetzen, was dann so klingt: „Drei Pfennig sind wenig für den Landsmann, der den Boden pflegt, auf dem die Bananen wachsen. Wenig für einen, der sie in brütender Hitze ernten muß. Auch Bananenpflücker wollen anständig verdienen.“ Der Preis für diese Leistung wird nicht über den Nutzenbeitrag der Leistung für Dritte gemessen, sondern nach subjektiver Einschätzung der Leistung durch den Bananenpflücker. Somit ist der Marktmechanismus mit der Preisbildung durch Angebot und Nachfrage nach der Fibel ungerecht; gerecht ist, jeden nach seinen Bedürfnissen zu entlohnen: „Wenn jeder nur das nimmt, was er wirklich braucht, ist für alle genug da.“

Wen dieses Verständnis vom gerechten Preis noch nicht überzeugt hat, wird spätestens bei der Androhung eines Umverteilungskrieges auf den ideologisch in bunten Bildern vorgezeichneten Kurs einschwenken. Frieden herrscht erst, wenn gleicher Wohlstand für alle gilt. „Solange das, was unsere Erde bietet, so schlecht verteilt ist, wird es Kampf geben.“

Wer so argumentiert, weckt Verständnis für das gewaltsame, kriegerische Austragen von Meinungsverschiedenheiten und Unverständnis für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

■ KOALITION

Ein trauriges Bild

Zu dem neuen Kabinettsbeschuß in Sachen „Zumutbarkeitsanordnung“ erklärte der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Eduard Ackermann, dieser Kabinettsbeschuß sei ein weiterer Beleg dafür, daß die Bundesregierung nicht mehr aktionsfähig sei.

Vor 14 Tagen hatte das Kabinett der Zumutbarkeitsanordnung der Bundesanstalt für Arbeit zugestimmt, die zuvor vom Verwaltungsrat der Bundesanstalt mit den Stimmen der Regierungsvertreter beschlossen worden war.

Nach einer Woche zog das Kabinett seine Zustimmung zurück und beauftragte Bundesminister Ehrenberg mit einer Stellungnahme für die endgültige Entscheidung des Kabinetts.

Diese liegt jetzt vor: sie ist eine Nicht-Entscheidung; statt klar zu sagen, was sie will und was sie nicht will, schiebt die Bundesregierung die Verantwortung auf die Arbeitsämter ab.

Die Lähmung und Handlungsunfähigkeit des Kabinetts hat eine neue Stufe erreicht: An die Stelle des „Sowohl-Als-auch“ tritt jetzt das Prinzip des „Weder noch“. Der SPD-Parteivorsitzende Brandt hat schon recht, wenn er feststellt, daß „die Bonner Koalition kein überzeugendes, sondern eher ein trauriges Bild vorstellt“.

SPD-Angebote an die Grünen

Die in Zeitungsberichten wiedergegebene Bereitschaft des Hamburger Umweltsenators Wolfgang Curilla (SPD) und des hessischen Umweltministers, Karl Schneider (SPD), in ihren Ländern Koalitionen mit

den Grünen einzugehen, ist ein erneuter Beweis dafür, wie wenig Hoffnung die Sozialdemokraten haben, alleine vor den Wählern bestehen zu können. Die Abwahl aus den Regierungsätern vor Augen, stört sich die SPD nicht daran, daß sie ausgerechnet mit jenen ein Bündnis eingeht, die alles tun, um bereits den Ansatz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die Erhaltung der Macht ist offenbar manchem Sozialdemokraten wichtiger als die Sicherung der Arbeitsplätze, erklärte CDU-Sprecher Wolter v. Tiesenhausen.

Gscheidle versucht, DKP-Funktionäre zu schützen

Es liegen konkrete Anhaltspunkte dafür vor, daß das Bundespostministerium versucht hat, den Bundesdisziplinaranwalt und einen Untersuchungsführer massiv unter Druck zu setzen, um die Durchführung von Disziplinarverfahren gegen DKP-Funktionäre im Bundesdienst im gegenwärtigen Zeitpunkt zu verhindern. Dies berichtete der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Carl-Dieter Spranger (CSU) und erklärte weiter dazu:

Dieses Verhalten des Postministeriums ist ein schwerer Eingriff in die Unabhängigkeit der Disziplinarführer und kommt dem Versuch einer Rechtsverletzung gleich. Es verstößt gegen das gesetzliche Gebot, die Disziplinarverfahren beschleunigt durchzuführen. Wegen der Schwere des Eingriffs müssen die Verantwortlichen unverzüglich zur Rechenschaft gezogen werden.

Es darf nicht so weit kommen, daß Beamte, die pflichtbewußt und loyal die Gesetze ausführen, unter Druck gesetzt und an der Ausführung der Gesetze gehindert werden, nur weil dies nicht in das politische Konzept paßt. Zur Aufklärung des Sachverhalts wurde von der Unionsfraktion ei-

ne parlamentarische Anfrage eingebracht. Die ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen zu beantworten.

Baums Naivität – oder Schlimmeres?

Zu dem von Bundesinnenminister Baum angekündigten Gesetzentwurf zur „Differenzierung der Verfassungstreue von Beamten nach Funktionen“, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carl-Dieter Spranger: Es kann nur mit Naivität entschuldigt werden, zu glauben, ein Extremist, der sich in seiner Freizeit in einer verfassungsfeindlichen Organisation betätigt, werde seine Gesinnung bei Eintritt in das Dienstgebäude wie einen Hut an der Garderobe abgeben. Jeder weiß obendrein, daß ein Beamter in scheinbar unproblematischen Funktionen, wie z. B. der Lokomotivführer, im Ernstfall bedeutend größeren Schaden für die innere Sicherheit anrichten kann, als z. B. ein Ministerialrat in der Umweltschutzabteilung eines Ministeriums.

Finanzplanung der Bundeswehr weiterhin ungesichert

Die erregte Reaktion der SPD im Zusammenhang mit der inzwischen 3. Vertagung des „Fünfjahresprogramms '87“ der Bundeswehr im Verteidigungsausschuß zeigt, wie der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Kurt Würzbach, erklärte, in vollem Umfang den offenkundigen Schaden, den der ehemalige Finanzminister Apel bis heute als Verteidigungsminister angerichtet hat: Er ist — auch nach den Lehren aus dem TORNADO-Desaster — nicht in der Lage, der Öffentlichkeit und dem Parlament eine geordnete, realistische Planungs- und Finanzierungsgrundlage für die Bundeswehr vorzulegen.

Die Ergebnisse der Langzeitkommission — auch wenn sie der Öffentlichkeit im Mai

in einer „gesäuberten“ Fassung vorgelegt werden — lauten im Klartext: Bei realem Nullwachstum in Höhe des Verteidigungshaushalts 1981 = 42,1 Mrd. DM sieht die Kommission keine Möglichkeit, wie die Bundeswehr im Rahmen des Bündnisses in den 90er Jahren ihren Auftrag erfüllen und dazu die personelle und materielle Einsatzbereitschaft sichern kann.

Ehrenberg versteckt sich

Zu einer Äußerung von Minister Ehrenberg im heute-journal vom 31. März 1982 erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid): Im heute-journal am 31. März 1982 antwortete Minister Ehrenberg auf die Frage, ob er für sein Amt noch genügend Kredit habe, er habe bei den Arbeitnehmern des Ruhrgebiets noch genügend Vertrauen, hätte er es nicht, würde er sehr nachdenken.

Dazu ist festzustellen:

Minister Ehrenberg sollte eigentlich mit dem Nachdenken beginnen. Die Annahme, er habe noch eine breite Mehrheit im Revier, ist doch nur ein frommer Wunsch. Im übrigen: Es geht nicht um Herrn Ehrenberg, sondern um eine glaubhafte Arbeits- und Sozialpolitik. Und dafür steht der Name Ehrenberg seit langem nicht mehr.

Sehr späte Einsicht

Die SPD ist nach den Worten ihres Bundesgeschäftsführers Peter Glotz bereit, unter der Voraussetzung gerechter und ausgewogener Konzepte Einschränkungen im Bereich der sozialen Sicherung auch für die unteren Einkommensschichten mitzutragen. Glotz schrieb in einem Beitrag für den „Rheinischen Merkur“, die SPD bestreite nicht, daß die großen sozialen Sicherungssysteme von einer durchschnittlich um fünf Prozent wachsenden Wirtschaft umgestellt werden müßten auf ein sehr viel geringeres Wachstum in den nächsten 15 Jahren.

■ EL SALVADOR

Die demokratischen Kräfte um Duarte brauchen unsere volle Unterstützung

Die Christlichen Demokraten und Napoleon Duarte haben in einer außerordentlich schwierigen Lage für die Demokratie ihres Landes eine einstimmige und unverzichtbare Leistung erbracht, erklärt Generalsekretär Heiner Geißler zum Wahlausgang in El Salvador. Daß die Christlichen Demokraten die absolute Mehrheit nicht gewinnen konnten, liegt nicht zuletzt in der Tatsache begründet, daß sie eine Auseinandersetzung an drei Fronten zu führen hatten.

Einmal den politischen Abwehrkampf gegen die linksextremistische Guerilla;

— zweitens die polizeiliche und innenpolitische Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten und Reformgegnern um den Ex-Major d'Aubuisson und die früheren Großgrundbesitzer;

— schließlich einen fortwährenden Kampf um eine wahrheitsgetreue Berichterstattung aus El Salvador gegen eine zum Teil von der Sozialistischen Internationale gesteuerte Desinformationskampagne, die leider über lange Zeit auch die deutschen Medien beherrschte.

Verantwortlich für die unerwartet hohen Gewinne der rechtsextremistischen Parteien bei den Wahlen sind auch die Sozialistische Internationale und die deutschen Sozialdemokraten. Trotz vieler Bemühungen um Zusammenarbeit und entgegen den Warnungen der sozialdemokratischen Parteien von Venezuela, Costa Rica und

Panama haben die Sozialistische Internationale und die SPD die linken Kräfte in El Salvador in ihrem Wahlboykott unterstützt und ermuntert.

Auch jetzt noch, nachdem feststeht, daß mehr als 80 Prozent der Salvadorianer sich an diesen Wahlen beteiligt und die internationalen Beobachter deren korrekten Ablauf bestätigt haben, hält die SPD daran fest, es habe sich um eine Farce gehandelt. Auch wenn die Sozialisten in El Salvador, wie Brandt und Wischniewski bezeugen können, über nicht viele Anhänger verfügen, so wären doch zehn bis 15 Prozent der Stimmen mindestens auf die Linksparteien entfallen.

Ein solches Wahlergebnis hätte eine Regierungsbildung der Mitte ermöglicht. Der von der SPD unterstützte Wahlboykott war daher ein schwerer Fehler und ein entscheidender Grund für die Mehrheit der Rechtsextremisten in der jetzigen verfassungsgebenden Versammlung El Salvadors. Ein weiterer Grund lag in der brutalen Terrorkampagne der linken Guerilla, die vor den Wahlen und am Wahltag selbst für jeden sichtbar machte, wie sie es mit der Demokratie hält.

Ich wiederhole noch einmal meinen Aufruf an die Sozialistische Internationale und die Sozialdemokraten, ihre Haltung zu überdenken und endlich in Lateinamerika mit den Christlichen Demokraten zusammenzuarbeiten. Überall dort, wo Christliche Demokraten und Sozialdemokraten einen gemeinsamen demokratischen Konsens vertreten und die jeweiligen Wahlergebnisse gegenseitig respektieren, ist

auch die demokratische Stabilität gesichert — so zum Beispiel in Venezuela, in Costa Rica, in Jamaika, in Ecuador. Wo demokratische Sozialisten und Christliche Demokraten zur Zusammenarbeit nicht finden, sind das Ergebnis linke oder rechte Diktaturen. Weder das eine noch das andere kann nicht im Ernst Ziel der Politik der Sozialistischen Internationale in Lateinamerika sein.

Der Bundesregierung muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie es seit Jahren trotz mehrfacher mündlicher Zusicherung abgelehnt hat, den Reformkurs der Mitte, den die Christlichen Demokraten und die bisher die Verantwortung tragende Militärregierung in El Salvador eingeschlagen hatten, zu unterstützen. Die Bundesregierung muß sich vorwerfen lassen, daß sie eine überproportional hohe Entwicklungshilfe an Nicaragua leistet, sogar U-Boote an Chile verkaufen wollte, sich aber weigert, die Entwicklungshilfe für El Salvador fortzusetzen. Diese Hilfe wäre dringend notwendig gewesen, um die von den Christlichen Demokraten begonnene Landreform und damit die innere Stabilisierung zu einem raschen Erfolg zu führen. Daß der Bundesaußenminister seine Mittelamerika-Konzeption gegen die SPD nicht durchsetzen konnte, ist ein weiteres trauriges Kapitel dieser Regierungskoalition.

Die CDU wünscht, daß es den Christlichen Demokraten als stärkster politischer Kraft in El Salvador gelingen wird, weiterhin Regierungsverantwortung zu tragen, weil nur so ein Fortgang der Reformpolitik und eine allmähliche Befriedigung des Landes gesichert ist. Demgegenüber muß jede Beteiligung des Führers der ultrarechten Nationalistischen Republikanischen Allianz (ARENA) an der Macht allergrößte Besorgnis auslösen. Dessen Konzept eines totalen Krieges bei den inneren Auseinandersetzungen in El Salvador würde

das Land in noch größeres Elend stürzen. Mit Nachdruck hoffen wir, daß Duarte und seine Freunde die Chance haben, den Einfluß der Rechten bis zu den Präsidentschaftswahlen 1983 zu neutralisieren. Hierzu brauchen sie weiterhin unsere volle Solidarität.

★

Zur Entwicklung in El Salvador erklärt der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion MdB Alois Mertes (Gerolstein):

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Koschnick hat in Mexiko zu Recht vor einer Abwertung der Wahlen in El Salvador als „Farce“ gewarnt. Genau das aber tut sein Vorsitzender Brandt, wenn er abfällig von „sogenannten Wahlen“ spricht; und wenn er seinen Stellvertreter Koschnick wegen dessen realistischer Äußerungen über El Salvador damit verspottet, seinem Genossen hätte nicht die richtige Übersetzung der richtigen Papiere vorgelegen. Brandt fühlt sich dabei auch von Koschnicks Kritik an der einseitigen Besserwisserei getroffen, die in Europa weit weg vom Schuß den Zeigefinger erhebt, über Afghanistan aber schweigt. Wenn jetzt die Gefahr besteht, daß Napoleon Duarte als Mann der Mitte um die Früchte des Christlich-demokratischen Wahlerfolges betrogen wird, so liegt das auch daran, daß die SPD in den letzten zwei Jahren ihre Einflußmöglichkeit auf die Sozialdemokraten El Salvadors zugunsten einer aktiven Teilnahme an der demokratischen Willensbildung nicht genützt hat. Führende deutsche Sozialdemokraten haben sogar die linksextremen Gegner demokratischer Wahlen durch Lächerlichmachung der Wahlen begünstigt.

Jetzt glaubt Brandt, es besser zu wissen als diejenigen, die sich durch eigenen Augenschein überzeugt haben — CDU/CSU hatte Wahlbeobachter entsandt — und als sein Parteifreund Koschnick.

■ KA-STIFTUNG

Die politische Bildung wurde auf allen Ebenen weitergefördert

Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin bei Bonn hat ihren Jahresbericht für 1981 vorgelegt. Demnach betrug der Gesamtetat der Stiftung 1981 109,2 Mill. DM. Davon entfielen im einzelnen auf die Politische Akademie Eichholz 5,6 Mill. DM, das Bildungswerk 6,1 Mill. DM, das Institut für Begabtenförderung 14,2 Mill. DM, das Archiv für Christlich-Demokratische Politik 2,6 Mill. DM, das Institut für Kommunalwissenschaften 2,3 Mill. DM, das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut 5,9 Mill. DM, das Institut für Internationale Solidarität 59 Mill. DM und auf den Träger für zentrale Aufgaben im In- und Ausland 13,5 Mill. DM.

Die Arbeit der sieben Institute der Stiftung gestaltete sich im einzelnen wie folgt: Die grundlagenvermittelnde politische Bildungsarbeit zählt zu den zentralen Aufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung. Im Jahre 1981 wurde diese Aufgabe schwerpunktmäßig von zwei Instituten wahrgenommen — vom Bildungswerk und der Politischen Akademie Eichholz:

Der inhaltliche Schwerpunkt der Arbeit der Politischen Akademie Eichholz stand unter dem Leitthema: „Für eine Zukunft mit menschlichem Gesicht“. Unter diesem Oberthema wurden zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt. Die Veranstaltungsarten: Trainings- und Fortbildungsangebote, Tagungen, Fachtagungen, Tagungen für besondere Zielgruppen, Seminare, Eichholzwoche, Veranstaltungsreihen und ein kulturelles „Begleitprogramm“.

Die Veranstaltungen des Bildungswerkes mit seinem regional angelegten, praxisbezogenen Bildungsangebot über acht Außenstellen besuchten 1981 weit über 30 000 Teilnehmer. Unter Berücksichtigung ihrer „Nähe zur Politik“ lassen sich die Angebote der Außenstellen folgendermaßen strukturieren: Weiterbildung für Verantwortliche in Politik und Gesellschaft, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, Fachtagungen, Grundlagenseminare, Seminare für junge Erwachsene, Seminare für Familien, Veranstaltungen zum Themenbereich „Geschichte und Gegenwart“.

42,3 Prozent der Teilnehmer waren Schüler, Studenten und Auszubildende, und 55,6 Prozent waren bis zu 30 Jahre alt. Im Jahre 1981 wurden 859 deutsche Studenten, 303 deutsche Graduierte und 368 ausländische Studenten und Graduierte durch das Institut für Begabtenförderung gefördert.

Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik sammelt das Archivgut aller Gliederungen der Union. Neben diesen Akten der Parteigremien werden die Materialien maßgebender Politiker der Union, verwandter Parteien sowie deren Vorläufer vor 1933 (z. B. Zentrum, CSVD) archiviert. Der gesamte Bestand umfaßt zur Zeit weit über 500 Nummern. Wesentlichen Zugang erhielten auch die Plakat- und die Fotosammlung. Insgesamt sind ca. 2 700 Plakate und ca. 20 000 Fotos archiviert. Weiter angewachsen ist ebenfalls die Tonband- und Filmsammlung.

Durch Veröffentlichungen und Tagungen zeigte das Archiv den Beitrag der Union

am geistigen und materiellen Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland auf. Das Institut für Kommunalwissenschaften konnte im Jahr 1981 seine Mittlerfunktion zwischen Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Bürger weiter ausbauen. Zu zahlreichen aktuellen und grundsätzlichen kommunalpolitischen Problemen wurden Forschungsprojekte durchgeführt und dabei Vertreter der Wissenschaft, Politik und Verwaltung beteiligt. Es wurde wiederum versucht, die Ergebnisse dieser Arbeiten möglichst praxis- und bürgernah umzusetzen, um auf diese Weise vielfältige Entscheidungs- und Orientierungshilfen geben zu können. Zahlreiche Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Beratungen vor Ort und in verschiedenen Gremien dokumentieren die zahlreichen Aktivitäten des Instituts nach außen.

Im Vordergrund aller Arbeiten standen vor allem die folgenden Projekte: Kommunale Kulturpolitik, Gruppenarbeit mit arbeitslosen Jugendlichen, Politik für ältere Menschen, Parkprobleme in der Stadt, kommunale Energieversorgungskonzepte, Durchführung von Konjunkturprogrammen, kommunale Selbstverwaltung.

Das Jahr 1981 stand für das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut im Zeichen der Konzentration auf grundsätzliche bzw. langfristige Probleme. Im internationalen Bereich dagegen forderten die Regierungswechsel in den USA und Frankreich verstärkte Bemühungen um Neueinschätzungen der Politiken dieser Länder geradezu heraus.

Besondere Bedeutung erlangte die Tagung über den Neo-Konservatismus in den Vereinigten Staaten und seine Auswirkungen auf die Atlantische Allianz. Die gesamte „neokonservative“ Elite, aber auch prominente Alt-Konservative und aktive Politiker waren aus den USA angereist, um mit deutschen Intellektuellen, Politikern und Publizisten die Bedeutung der Trendwende in den Vereinigten Staaten zu diskutieren. Es wurde dies nicht

nur die größte, sondern auch die bedeutendste Konferenz in der Geschichte des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes.

Hervorzuheben ist ferner der Forschungsbericht über „Arbeitslose Frauen im Spannungsfeld zwischen Erwerbstätigkeit und Hausfrauenrolle“, die Weiterführung der repräsentativen Analysen zur politischen Kultur, zu den Wertorientierungen und dem Verhalten Jugendlicher sowie über die Rolle der Gewerkschaften in Westeuropa.

Im Jahre 1981 förderte die Konrad-Adenauer-Stiftung durch das Institut für Internationale Solidarität 150 Projekte in 65 Ländern der Dritten Welt. Nicht nur Projektmaßnahmen wurden gefördert, sondern auch personelle Hilfe wurde angeboten. Ende 1981 arbeiteten 70 deutsche Fachleute als Vertretung der Stiftung und als Projektberater in den Entwicklungsländern. Gefördert wurden Maßnahmen in den sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Sektoren der Entwicklung, nicht in den technischen, medizinischen oder naturwissenschaftlichen Bereichen.

Das Büro für Internationale Zusammenarbeit mit seinen zehn Außenstellen in den verschiedenen Hauptstädten Europas und des Atlantischen Bündnisses diente dem Informationsaustausch und der Vertiefung von Kontakten vornehmlich durch die Veranstaltung einer Reihe von internationalen Tagungen und Konferenzen. In der Villa „La Collina“ in Cadenabbia (Comer See), dem europäischen Begegnungszentrum der Stiftung, fanden 23 Veranstaltungen mit 590 Teilnehmern statt.

Der Jahresbericht 1981 kann bei der Pressestelle der Konrad-Adenauer-Stiftung angefordert werden:

Konrad-Adenauer-Stiftung
— Pressestelle —
Rathausallee 12
5205 St. Augustin 1
Telefon (0 22 41) 19 64 35/6

STICHWORT

Neuwahlen

Die jüngsten Wahlergebnisse bei Kommunal- und Landtagswahlen haben die Zweifel verstärkt, ob die SPD/FDP-Bundesregierung noch den notwendigen Rückhalt bei den Wählern hat. Deshalb taucht auch immer häufiger die Frage nach Neuwahlen zum Deutschen Bundestag auf.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geht von einer vierjährigen Wahlperiode aus. Eine vorzeitige Auflösung des Bundestages läßt das Grundgesetz nur in zwei Fällen zu. Einmal dann, wenn der Bundeskanzler auf seinen Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen, im Bundestag keine Mehrheit erhält. Artikel 68 Abs. 1 des Grundgesetzes lautet: „Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt.“

Das Scheitern der Vertrauensfrage für den Bundeskanzler muß also der Auflösung des Bundestages vorausgehen. Der Bundeskanzler selbst muß mit seiner Vertrauensfrage das Verfahren zur Parlamentsauflösung in Gang setzen. Von dieser Möglichkeit hat der damalige Kanzler Brandt 1972 Gebrauch gemacht, als SPD und FDP im Bundestag über keine Mehrheit mehr verfügten und damit regierungsunfähig geworden waren. Brandt sah sich

deshalb gezwungen, durch die Stellung der Vertrauensfrage den Weg für Neuwahlen freizumachen

Doch selbst, wenn der Bundestag dem Kanzler nicht das Vertrauen ausspricht, ist dieser nicht verpflichtet, dem Bundespräsidenten die Auflösung des Parlaments vorzuschlagen. Nach dem Grundgesetz braucht der Kanzler überhaupt nicht auf das ablehnende Votum zu reagieren.

Der Bundespräsident seinerseits hat kein eigenes unabhängiges Recht, den Bundestag aufzulösen. Er kann jedoch wählen, ob er nach einer abgelehnten Vertrauensfrage des Bundeskanzlers auf dessen Vorschlag hin das Parlament auflösen will oder nicht. Der Bundespräsident muß dabei zumindest eine angemessene Frist verstreichen lassen, um dem Bundestag die Chance zur Wahl eines neuen Kanzlers offenzuhalten. Denn das Recht des Bundespräsidenten zur Auflösung des Bundestages erlischt gemäß Artikel 68 GG, sobald der Bundestag einen neuen Bundeskanzler gewählt hat.

Zum anderen kann der Bundespräsident den Bundestag auch auflösen, wenn der Bundestag nach seiner Konstituierung oder nach dem Rücktritt des amtierenden Bundeskanzlers in drei Wahlgängen nicht in der Lage ist, einen Bundeskanzler mit der Mehrheit der Mitglieder des Hauses zu wählen. Die beiden ersten Wahlgänge müssen nach Artikel 63 Abs. 3 GG binnen vierzehn Tagen erfolgen; der dritte Wahlgang muß gemäß Artikel 63 Abs. 4 GG unverzüglich nach Ablauf dieser Frist vorgenommen werden. Der Bundespräsident muß nach Artikel 63 Abs. 4 GG einen Kanzlerkandidaten, der zwar im dritten Wahlgang die meisten Stimmen, jedoch nicht die absolute Mehrheit erhalten hat, binnen sieben Tagen danach ernennen oder den Bundestag auflösen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITATE

Kanzlers Scherze

Als in diesem Jahr zum ersten Mal Meldungen über eine Umbildung des Bundeskabinetts auftauchten, reagierte der Kanzler scheinbar gelassen. „Karnevalsscherz“ kommentierte er. Karneval ging vorüber, nichts passierte. Dann kamen wieder die Gerüchte um Ablösungen von Ministern. Wieder reagierte der Kanzler scheinbar gelassen. „Aprilscherz“ befand er vor der Fernsehkamera. Der 1. April ging vorüber, und am Morgen des 2. April gab der Regierungssprecher erstmals zu, daß die Scherze Wahrheit sind. Das Kabinett wird umgebildet.

Manchmal möchte man bei Bonns Regierenden Mäuschen spielen. Besonders dann, wenn der Kanzler im Beraterkreis berät, wie er was dem Wähler sagt. Wie war das noch mit dem Herzschrittmacher? Zuerst war nichts, dann war der Kanzler leicht krank, dann mittelschwer. Dann war er wieder fit. Dann kamen „Karnevalsscherz“ und „Aprilscherz“. Und jetzt ist des Kanzlers Glaubwürdigkeit schwer angeschlagen.

Helmut Schmidt hat die Bundesrepublik

auch deshalb so lange so unangefochten regiert, weil er besser als jeder andere verstand, das Fernsehen als Herrschaftsmittel einzusetzen. Die Glaubwürdigkeit, die er da erwarb, setzt er jetzt für kurzfristige Machterhaltungs-Spielchen ein und verspekuliert sie. Gelassenheit, Ernst, Scherz — alles nur Taktik. Der Kanzler wird sich noch wundern, wie schnell die Zuschauer diese Lektion begreifen.

Rheinische Post, 3. April 1982

★

Neue Köpfe reichen nicht

Kölnische Rundschau, 3. April 1982

★

Aber auch bei seinen zeitlichen Überlegungen für eine Kabinettsumbildung dürfte dem Kanzler ein taktischer Fehler unterlaufen sein. „Eine Regierungsumbildung vom 1. April bis 1. Mai ist Unsinn“ — so hat ein FDP-Politiker seinen Unmut über die anhaltenden Diskussionen zum Ausdruck gebracht. Ein taktischer Fehler von Schmidt könnte auch darin bestehen, daß die ohnehin schwache Kabinettsdisziplin weiter nachläßt und die SPD-Minister, die keine Zukunft mehr haben — auch auf dem Parteitag in München —, keine Rücksichten mehr auf den Regierungschef nehmen müssen.

Die Welt, 3. April 1982

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

Ud